

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

Massenproteste gegen die Regierung

Zehntausende – nach Angaben der Organisatoren sogar mehr als 100.000 Menschen – haben am 12. März dafür demonstriert, die Verfassungsregelung wieder herzustellen, die eine Übergangsregierung zwischen zwei Legislaturperioden vorsieht: Im vergangenen Jahr hatte die Regierung unter der amtierenden Ministerpräsidentin Sheikh Hasina (Awami League) die 15 Jahre alte Regelung abgeschafft, nach der eine parteipolitisch neutrale Übergangsregierung drei Monate vor jeder Parlamentswahl die Amtsgeschäfte übernimmt. Die weltweit einmalige Regelung in der Verfassung Bangladeschs sollte freie und faire Wahlen begünstigen und Wahlbetrug sowie Gewaltausbrüchen im Umfeld von Wahlen entgegenwirken. Im Rahmen der aktuellen Demonstrationen warnte Oppositionsführerin Khaleda Zia (Bangladesh Nationalist Party, BNP) vor manipulierten Wahlen im Wahljahr 2014. Die Demonstranten forderten in der Hauptstadt Dhaka auch den Rücktritt der Regierung und sofortige Neuwahlen. Für Irritation sorgten die Festnahmen zahlreicher Anhänger der Opposition vor und während des Massenprotests. Zudem wurde der Regierung vorgeworfen, sie habe drei private Fernsehsender, die live über die Proteste berichten wollten, abgeschaltet. Warum es während der Proteste zu einem Übertragungsausfall bei den drei Sendern kam, ist ungeklärt. Die Sender dementierten, dass sie ihr Programm auf Grund von Druck durch die Regierung unterbrochen hätten. Der Herausgeber der Tageszeitung *The Daily Star*, Mahfuz Anam, sprach von einer „moralischen Niederlage“ der Regierung unter Führung der Awami League, da sie demokratischen Spielregeln nicht gerecht werde.

Mord an Journalisten-Ehepaar

Am 11. Februar wurde das Journalisten-Ehepaar Meherun Runi, Reporterin bei ATN Bangla, und Sagar Sarowar, Nachrichtenredakteur beim Masranga TV, erstochen in ihrer Wohnung in Dhaka aufgefunden. Hintergründe der Tat sowie die Identität der Täter sind bisher unklar. Vertreter der Presse zeigten sich entsetzt über den Tod des Paares, das ein Kind hinterlässt. In verschiedenen Landesteilen fordern seitdem Journalisten die Verhaftung der Mörder und rufen generell in allen Fällen von Journalistenmorden nach härterer

Strafverfolgung. Vereinzelt kam es zu Hungerstreiks. Sarowar und Runi waren erst im vergangenen Jahr nach einem dreijährigen Aufenthalt in Deutschland nach Bangladesch zurückgekehrt. In Deutschland war Sarowar als Journalist für die Deutsche Welle in Bonn tätig. Am 6. März bildeten in Deutschland lebende Bangladescher sowie Mitarbeiter der Deutschen Welle eine Menschenkette auf dem UN-Campus in Bonn und forderten die Vereinten Nationen auf, Bangladesch bei der Erfassung der Mörder zu unterstützen.

Preis für Reis steigt weiter an

Die Preise für Reis steigen in Entwicklungsländern, auch in Bangladesch. Das Land hat angekündigt, bis Ende Juni doppelt so viel von dem Grundnahrungsmittel zu importieren als bislang geplant, um Panikkäufe abfedern zu können. Mitte März unterzeichnete Bangladesch einen Vertrag mit Thailand, in 2012 und 2013 jährlich bis zu einer Million Tonnen Reis zu importieren. Auch wenn der Preis noch längst nicht das Niveau aus dem Jahr 2008 erreicht hat, bleibt die Lage kritisch, verdeutlicht Robert Rethfeld von Wellenreiter Invest. Laut dem Experten ist mit einem weiteren Preisanstieg für Reis zu rechnen. In Bangladesch hat der Reispreis laut Welternährungsorganisation FAO im Dezember einen Rekord erreicht, nachdem er sich seit 2010 um über 40 Prozent gesteigert hatte. Im Jahr 2008 hatte der starke Anstieg des Reispreises sowie die Preise für andere Nahrungsmittel die Armutssituation in Bangladesch verschlimmert, da sich viele Menschen selbst Grundnahrungsmittel nicht mehr leisten konnten.

Social Business von Otto und Yunus vor dem Aus?

Im November hatten Michael Otto vom gleichnamigen Versandhandelskaufhaus und der bangladeschische Friedensnobelpreisträger Mohammad Yunus angekündigt, gemeinsam eine Textilfabrik in Dhaka zu errichten, in der unter den neusten Sicherheits- und Ökologiestandards Textilien für den westlichen Markt gefertigt werden sollen. Der Gewinn aus dem sozialen Unternehmen sollte nicht nach Deutschland fließen, sondern den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen vor Ort zu Gute kommen. Das Werk soll

gemeinsam mit der Grameen Bank, der von Yunus gegründeten Mikrokreditbank, errichtet werden. Nun stehe das Projekt vor dem Aus, wie die Süddeutsche Zeitung berichtete. Otto beklagte sich über die Steine, die ihm in Bangladesch in den Weg gelegt werden – von der Unmöglichkeit einen Gasanschluss für eine neue Fabrik ohne Schmiergelder zu erhalten bis hin zu mangelnder Bereitschaft der Regierung, sein Investment zu unterstützen. Die Süddeutsche Zeitung spekulierte, die größte Schwierigkeit liege wohl darin, dass Mohammad Yunus in Bangladesch bei der Regierungspartei in Ungnade gefallen sei. Yunus wurde vor gut einem Jahr als Chef der Grameen Bank aus dem Amt enthoben – vordergründig, weil er zu alt dafür sei. Yunus hatten den Unmut der Awami League auf sich gezogen, seit er vor der letzten Parlamentswahl versucht hatte, mit einer eigenen Partei zur Wahl anzutreten. Arbeitsrechtsorganisationen wie die Clean Clothes Campaign hatten das Vorhaben eines sozialen Unternehmens kritisiert: Otto und andere westliche Kaufhäuser sollten dafür Sorge tragen, dass alle Arbeiterinnen ordentliche Löhne erhielten, statt eine Vorzeigefabrik zu errichten. In Bangladesch arbeiten mehrere Millionen Frauen in Textilfabriken, die für den europäischen und US-amerikanischen Markt produzieren. Textilien sind mit Abstand die wichtigsten Exportprodukte des Landes.

Putsch vereitelt

Bangladeschs Armee hat einen Putschversuch aus den eigenen Reihen gegen Premierministerin Sheikh Hasina vereitelt, wie Armeesprecher Brigadegeneral Muhammad Masud Razzaq auf einer Pressekonferenz am 19. Januar in Dhaka erklärte. Hinter dem geplanten Staatsstreich steckten bis zu 16 Militärangehörige mittleren Ranges, die unter Arrest gestellt worden sind. Zwei Offiziere sind festgenommen worden. Laut Aussagen des Armeesprechers vertreten die Putschisten extreme religiöse Ansichten. Die Hintergründe des geplanten Coups sind unklar, ebenso Verbindungen zu extremistischen Gruppen. Laut der britischen Tageszeitung *The Guardian* zeige der Putschversuch die Spannungen zwischen der Regierung Sheikh Hasinas und dem Militär seit einer Meuterei der Grenzsoldaten Anfang 2009.

116 Tote bei Fährunglück

Anfang März sind 116 Menschen bei einem Fährunglück rund 20 Meilen südlich der Hauptstadt Dhaka ertrunken. Die Fähre war auf dem Weg nach Shariatpur im Süden des Landes, als sie mit einem Lastkahn kollidierte und auf dem Fluss Meghna sank. Zur Zeit des

Unglücks waren rund 200 Personen an Bord. In Bangladesch, wo Reisen vor allem zwischen der Hauptstadt und dem Süden des Landes grobenteils über die Flüsse abgewickelt werden, kommt es immer wieder zu Fährunglücken mit vielen Todesopfern. Die Schiffe sind meist überfüllt und es fehlt an adäquaten Sicherheitsvorkehrungen.

Menschenrechtsorganisation kritisiert das Verschwindenlassen

Die Menschenrechtsorganisation *Ain Os Salish Kendra* (ASK) erklärte im Rahmen einer Pressekonferenz im Januar, dass die Fälle von Verschwindenlassen und geheimen außergerichtlichen Hinrichtungen im Jahr 2011 zugenommen haben. ASK kritisierte, dass vor allem die paramilitärische Einheit *Rapid Action Battalion* (RAB) hinter den Vorfällen stehe. Sultana Kamal, Direktorin der Menschenrechtsorganisation, berichtete, dass Menschen verschwinden und ihre Leichen Tage später in Flüssen oder Teichen gefunden werden. Die Sicherheitsbehörden zeigten sich unwillig, so ASK, die Vorfälle zu untersuchen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Das RAB wird seit seiner Gründung im Jahr 2004 von Menschenrechtsorganisationen weltweit, darunter Amnesty International und Human Rights Watch, vor allem für außergerichtliche Hinrichtungen – so genannte *crossfire killings* – kritisiert. Die Einheit soll laut Berichten der Menschenrechtsorganisationen bereits über 1000 Menschen getötet haben. Alle Versprechungen der Regierung, die Tötungen zu verhindern, sind bisher gescheitert.

Internationaler Seegerichtshof legt Grenze zu Myanmar fest

Mitte März entschied der Internationale Seegerichtshof in Hamburg über die umstrittene Seegrenze zwischen Myanmar und Bangladesch im Golf von Bengalen. Beide Seiten haben mit dem Verfahren Rechtsicherheit über den Grenzverlauf angestrebt, um die Meeresgebiete ohne Einschränkungen nutzen zu können. In den strittigen Gebieten werden Öl- und Gasvorkommen vermutet, die beide Staaten ausschöpfen wollen. Beide Streitparteien haben sich vor dem Verfahren verpflichtet, die Entscheidung des Internationalen Seegerichtshofs anzuerkennen und damit den Streit beizulegen. Da das Gericht mit dem Urteil juristisch gesehen in mehrerlei Hinsicht Neuland betreten hat, erhofft sich Bangladesch dadurch nun auch eine baldige Klärung des Streits um die Seegrenze mit seinem zweiten Nachbarland Indien. Hier ist ein Verfahren beim Ständigen Schiedshof in Den Haag anhängig.